

Aus dem Rhythmus

Weniger Sterbefälle, aber mehr andere Beschwerden – der Herzbericht auf Seite 2

Grafik: 123rf/Chiu Chien Hsiang

Venezuela hängt am Tropf

Der Verfall des Ölpreises verschärft die sozioökonomische Schieflage. Seite 3

Der Hahnenkampf

Seelenstrip-tease auf der Bühne: der Film »Birdman«. Seite 15

Foto: Twentieth Century Fox

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

Donnerstag, 29. Januar 2015

70. Jahrgang/Nr. 24

STANDPUNKT

Dokumente eines Versagens

Tom Strohschneider über Angriffe auf Flüchtlinge in Pegida-Zeiten

Seit Pegida marschiert, hat die Zahl der Angriffe auf Flüchtlinge deutlich zugenommen. Die rassistische Bedrohung von Menschenleben wächst, das ist eine empirische Realität. Ein Zusammenhang mit den schwarz-rot-gold beflaggten Aufzügen »besorgter Bürger«, auf denen eine angebliche »Islamisierung« zur Ausrede dafür wurde, gegen das Andere überhaupt Front zu machen, mag nicht immer so direkt sein wie bei dem Angriff auf jugendliche Migranten in Dresden Ende Dezember. Steigende Zahlen von Attacken auf Asylheime und anders Aussehende gab es überdies schon in den Monaten zuvor. Aber das darf nicht beruhigen.

Denn in den Zahlen der Opferberatungen und Behörden ist auch ein großes Versagen dokumentiert: nicht die nötigen Lehren aus der rassistischen Mobilisierung der frühen 1990er Jahre gezogen zu haben. Auch damals hatten sich ausländerfeindliches Ressentiment und eine Politik gegenseitig verstärkt, die glaubte, auf das deutsche Vorurteil mehr Rücksicht nehmen zu müssen als auf den nichtdeutschen Mitbürger.

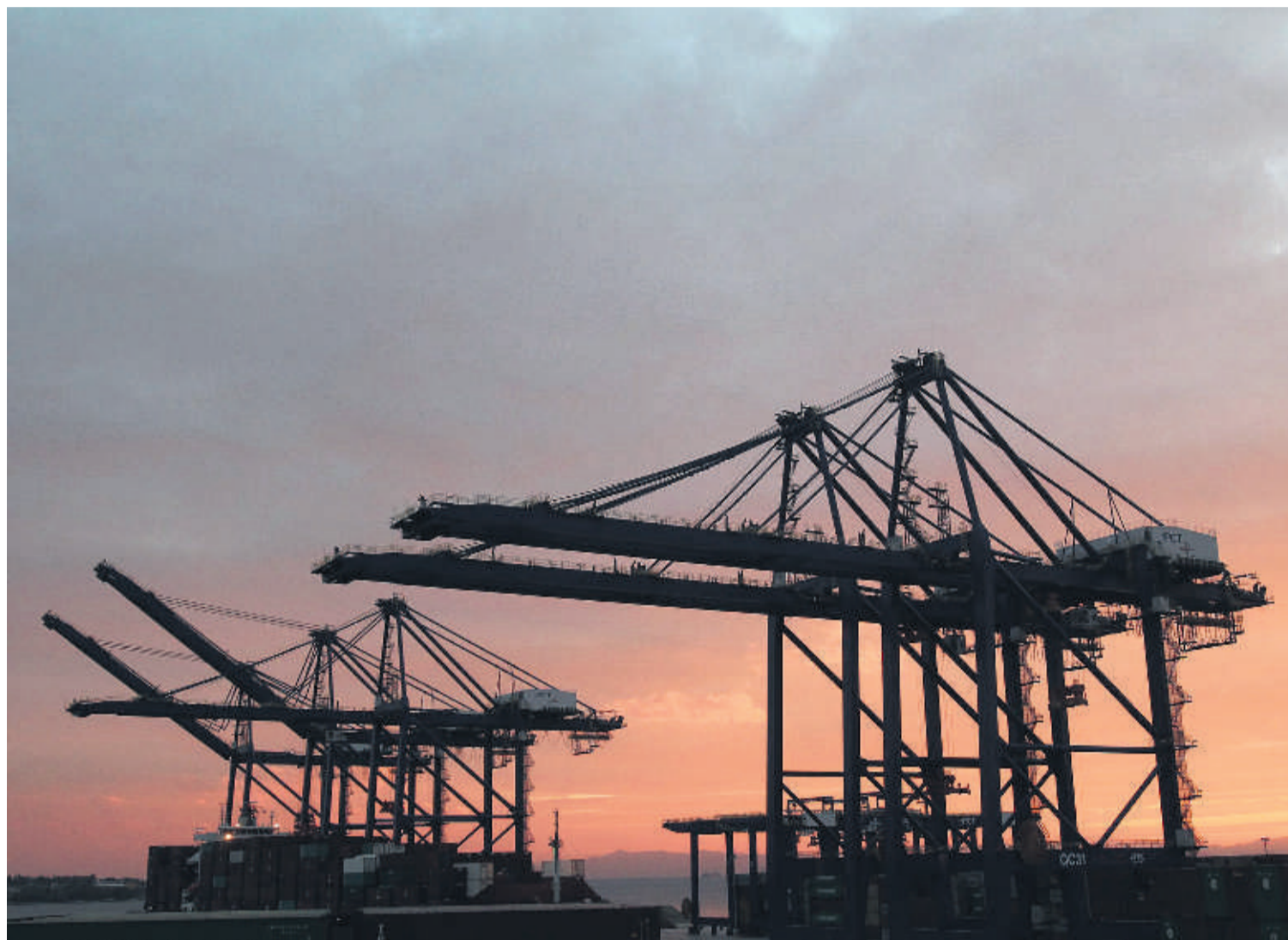
Rassistische Aufmärsche wurden zu Anlässen, die der Staat ergriff – etwa mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts. Der Staat schuf so wiederum Fakten, die jene, die da marschierten, als Bestätigung auffassen mussten. Und die einigen von denen den Weg in eine nächste Radikalisierung ebnete: die ausländerfeindliche Stimmung war der Rückraum, in dem eine Generation neonazistischer Terroristen heranwachsen konnte – der NSU.

UNTEN LINKS

Am gestrigen Mittwoch wurde Kurt Biedenkopf 85 Jahre alt. Dass das CDU-Urgestein – Kohls Generalsekretär und Vizepartei-
chef, nach 1990 für zwölf quälend lange und von diversen Miet- und Rabattaffären überschattete Jahre sächsischer Ministerpräsident – von den Seinen gefeiert wurde, versteht sich von selbst. Die Kanzlerin würdigte die unter Führung des Jubilars stattgefundene Aufbauleistung im Freistaat, mit der ein Gemeinschaftsgefühl geprägt worden sei, das die Menschen mit großem Stolz auf ihr Land blicken lasse. Einer seiner eher blässlichen Nachfolger, der heutige CDU-Ministerpräsident Stanislaw Tillich, erwähnt gar Biedenkopfs Prägung der politischen Kultur in Sachsen. Nett ist das nicht. Und König Kurt wird wieder einmal überschätzt. Denn er hat mitnichten die alleinige Schuld, dass seine früheren Untertanen seit Monaten ihre ganz eigene Interpretation von politischer Kultur und Gemeinschaftsgefühl in die Welt tragen. Dafür hat er genügend Erben. oer

Tsipras macht ernst

Privatisierungen gestoppt, Mindestlohn angehoben, mehr Rechte für Migrantenkinder



Sollte verkauft werden, nun wurde die Privatisierung gestoppt: der Hafen von Piräus.

Foto: ddp/Xinhua/Marios Lolos

Berlin. In Athen sind am Mittwoch die Polizei-
gitter abgeräumt worden, die das griechische Parlament seit Jahren vor Protesten gegen die Sparpolitik schützen sollen. Ein symbolischer Akt – und vielleicht auch ein Zeichen des Selbstvertrauens, das die neue Regierung von Alexis Tsipras hat. Das Bündnis der linken SYRIZA mit der nationalistischen ANEL startete am Mittwoch mit Entscheidungen in die Amtszeit, die den angekündigten Kurswechsel Realität werden lassen sollen.

Tsipras' Regierung kündigte unter anderem den Stopp von Privatisierungen an, welche von den Geldgebern der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds im Gegenzug für Fi-

nanzhilfen verlangt worden waren. Dies betraf unter anderem die Häfen in Piräus und Thessaloniki, die Elektrizitätsgesellschaft DEI und die griechischen Staatseisenbahnen. Zudem würde ein Teil der entlassenen Staatsbediensteten wieder eingestellt und der gekürzte Mindestlohn wieder auf 751 Euro erhöht.

Ebenfalls beschlossen wurde drei Tage nach der Wahl, dass alle Kinder von Migranten die griechische Staatsbürgerschaft erhalten, die im Land geboren und aufgewachsen sind. Zudem werden Zusatzbeiträge in Krankenhäusern und für Rezepte wieder abgeschafft.

Seine Regierung habe einen Finanzplan entworfen, der zu einem ausgeglichenen Etat führen soll. »Wir haben realistische Vorschläge für

die Schulden und die Investitionen«, sagte Tsipras. Griechenland wünsche »keinen Bruch« mit den Geldgebern, werde aber auch »keine Unterwerfung« akzeptieren. Der Börsen-Leitindex in Athen brach zeitweise um über neun Punkte ein, die Kurse der vier wichtigsten Banken büßten 25 Prozent ein; griechische Staatsanleihen wurden massiv abgestoßen.

Derweil hat die spanische Linkspartei Podemos kritisiert, dass die neue Regierung in Athen nur aus Männern besteht. »Frauen und Männer müssen an der Vorbereitung von Gesetzen in gleicher Weise beteiligt werden«, wurde die Podemos-Politikerin Clara Serra zitiert. »Für uns ist das eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf.« nd Seiten 4 und 9

Pegida beflügelt Gewalt gegen Flüchtlinge

Zahl der Übergriffe hat sich seit Beginn der fremdenfeindlichen Demonstrationen verdoppelt

Recherchen eines ARD-Magazins legen einen Zusammenhang zwischen Pegida und Gewalt nahe. Sachsens Innenminister will trotzdem weiter mit der dezimierten Führung reden.

Von Fabian Lambeck

Seit dem 20. Oktober marschieren sie durch Dresden: jene Wutbürger, die sich später im Dezember den Namen Pegida gaben. Mittlerweile gibt es in vielen deutschen Städten Ableger der fremdenfeindlichen Bewegung und offenbar ruft man so auch jene auf den Plan, die es nicht bei Worten belassen wollen. Nach Recherchen von »Report Mainz« haben sich die Attacken auf Migranten, Flüchtlinge und deren Unterkünfte seit Beginn der Pegida-Demos mehr als verdoppelt. In den drei Monaten vor dem ersten Pegida-Marsch im Oktober habe es bundesweit 33 Übergriffe auf Migranten und Flüchtlinge gegeben, in

den drei Monaten danach 76, so das ARD-Magazin am Dienstag. Das sei eine Zunahme von 130 Prozent. Die Übergriffe reichen demnach von Hakenkreuzschmierereien an Flüchtlingsheimen bis hin zu brutalen Angriffen.

»Report Mainz« hat nach eigenen Angaben Agenturmeldungen, Medienberichte, Pressemitteilungen der Polizei sowie Chroniken der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie für seine Zählung ausgewertet. Andere Statistiken ergäben ein ähnliches Bild. So habe etwa die vom Bundeskriminalamt geführte Statistik »Politisch Motivierte Kriminalität – rechts« im November vergangenen Jahres mit 63 Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund einen Höchststand erreicht.

Der Rechtsextremismusforscher Hajo Funke sagte dem Magazin: »Pegida hat ein Klima entfesselt, das Gewalt gegen Migranten, vor allem aber Muslime will.«

Funke sieht Parallelen zu der Welle von Anschlägen auf Asylunterkünfte Anfang der 90er Jahre.

Sollte man also lieber mit Pegida-Anhängern reden? Nein,

»Pegida hat ein Klima entfesselt, das Gewalt gegen Migranten, vor allem aber Muslime will.«

Hajo Funke, Rechtsextremismusforscher

meint der Demoskop Manfred Güllner. Gegenüber dem »Stern« warnte der Meinungsforscher davor, Pegida durch Dialogangebote aufzuwerten oder als Vertretung breiterer Bevölkerungsschichten ernst zu nehmen. »Alle vorliegenden Daten über die AfD- und Pegida-Anhänger belegen, dass sie nicht aus der Mitte, sondern vom

rechten Rand der Gesellschaft kommen«, so Güllner. Eine Distanzierung sei insofern die einzig richtige Reaktion.

Der Leipziger Extremismusforscher Oliver Decker fürchtet wegen der Pegida-Demonstrationen um das politische Klima in Deutschland. Aktuell seien Andersdenkende oder Migranten auf der Straße gefährdet, sagte Decker. Mittelfristig gehe von der Pegida-Bewegung und ihren Ablegern eine Gefahr aus, falls demokratische Parteien deren Haltungen übernehmen, um Wähler zu binden.

Trotzdem will Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) weiterhin mit den Pegida-Organisatoren reden. Er sagte der »Sächsischen Zeitung« vom Mittwoch, weitere Treffen seien nicht ausgeschlossen. Ulbig hatte sich am Montag mit »Pegida«-Mitbegründerin Kathrin Oertel und Vorstandsmitglied Achim Exner getroffen. Mit Agenturen Seite 5

Pegida-Führung fällt auseinander

Aufmarsch für Montag abgesagt
USA geben Reisewarnung heraus

Dresden. Die islamophobe und asylkritische Pegida-Bewegung steht offenbar vor der Spaltung. Am Mittwoch wurde auf der Pegida-Facebook-Seite der Rückzug von Sprecherin Kathrin Oertel und vier weiteren Mitstreitern aus dem sogenannten Orga-Team bekanntgegeben. Zur Begründung wurden massive Anfeindungen, Drohungen und berufliche Nachteile für die Akteure genannt. Ein neuer Vorstand werde in den kommenden Tagen gewählt. Eine für Montag angekündigte Pegida-Demonstration in Dresden wurde unterdessen abgesagt.

Nach Medienberichten vom Mittwoch sollen Lutz Bachmann und dessen ausländerfeindliche Äußerungen Grund für die Zerwürfnisse sein. Das bestätigten Mitglieder des zwölfköpfigen Vorstands gegenüber mehreren Medien. Entgegen seinen Ankündigungen wolle sich Bachmann, der nach rassistischen Äußerungen auf Facebook vergangene Woche zurückgetreten war, doch nicht ganz von der Spitze zurückziehen. Ein weiterer Grund sei die mangelnde Abgrenzung zum Leipziger Ableger »Legida«, der nach Einschätzung von Sachsens Verfassungsschutz rechtsextremere ist als das Dresdner Vorbild.

Indes hat das State Department in Washington US-Bürger auf mögliche Gefahren im Zusammenhang mit Pegida-Demonstrationen hingewiesen. Amerikaner in Deutschland sollten wegen angekündigter Proteste in deutschen Städten größere Menschenmengen meiden und besonders vorsichtig sein, hieß es in einer Mitteilung. Agenturen/nd

Korruption – legal und ganz normal

Drei Lobbyisten pro Abgeordneten

Berlin. Im aktuellen Bericht zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung – er beleuchtet die Geschehnisse des Jahres 2013 – werden 19 Ermittlungsverfahren gegen Bundesbedienstete aufgeführt. Vier Verfahren betreffen Visavergaben durch das Auswärtige Amt, im Bereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales entdeckte man sieben Fälle, vier gab es im Bereich des Innen- und zwei im Bereich des Verteidigungsministeriums. Viel detaillierter wollte die Bundesregierung nicht auf eine Anfrage der Linksfraction antworten. Man verweist auf datenschutzrechtliche Gründe und darauf, dass »aus Fürsorge für die Betroffenen sowie in Hinblick auf sicherheitsbedingte Erwägungen keine konkrete Nennung des betroffenen Referats erfolgen kann, so lange keine (rechtskräftige) Verurteilung vorliegt.«

Zurückhaltend mit Informationen ist auch die Bundestagsverwaltung. Da geht es allerdings um ganz legale, sehr subtile Beeinflussungsmöglichkeiten. Die Verwaltung des Parlaments, so berichtete das ZDF-Magazin »Frontal 21« am Dienstagabend, habe insgesamt 2334 Hausausweise an Lobbyisten ausgegeben, die einen ständigen Zugang ermöglichen. Das Parlament hat 631 Abgeordnete. Rein statistisch kommen also auf jeden gewählten Volksvertreter drei »Berater« von außen, deren Identität geheim gehalten wird. »Einige Lobbyisten scheuen aus gutem Grund das Licht. Sie wollen von der Öffentlichkeit unbemerkt ihre Interessen auf Kosten der Steuerzahler durchsetzen«, kritisiert die Haushaltsexpertin der Linksfraction Gesine Löttsch. hei Seite 5

Heute auf Seite 10
Gesund leben

Nicht selten geben sich Patienten die Schuld an ihrer Krebserkrankung. Dabei hatten sie nur Pech.

ISSN 0323-4940

